

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Antliches.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem katholischen Pfarrer Deimel zu Altendörpen im Kreise Biron den Rothen Adler-Orden vierter Classe und dem Kreis-Physikus, Sanitätsrath Dr. Carl Heuser zu Boppard im Kreise St. Goar die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst unter Beilegung des Characters als Geheimen Sanitäts-Rath zu erteilen.
Der Oberförster Goedekemeier zu Schleiden ist auf die durch Pensionierung des Oberförsters Wallmann erledigte Oberförsterstelle zu Nittuid im Regierungsbezirk Potsdam versetzt worden.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Das „Armeeverordnungsblatt“ publiziert die an den Kriegsminister v. Kameke am 8. März erlassene kaiserliche Ordre, betreffend die Entbindung von der Stellung des Kriegsministers, worin es heißt: „Ich löse hierdurch mit bewegtem Herzen die näheren Beziehungen, worin Sie als Kriegsminister seit 10 Jahren zu mir standen, theils es mit dem aufrichtigsten, herzlichsten und wärmsten Dank für Ihre Hingabe an ein schweres Amt, für die Aufopferung Ihrer Kräfte, womit Sie für das Wohl der Armee thätig gewesen sind. Ich wünsche diese Empfindungen auch der Armee gegenüber zum Ausdruck zu bringen, indem ich bestimme, daß Sie nicht allein in der Stellung als Chef des zweiten hannoverschen Regiments und à la suite des Ingenieur-Corps bleiben, sondern auch durch Fortführung in den Listen der aktiven Generale die engste Zusammengehörigkeit mit der Armee erhalten, in welcher Sie das Recht auf eine Ehrenstelle wohl erworben haben. Möge es Ihnen ferner wohlgehen, mögen Sie sich des Wohlwollens und der dankenden Erinnerung Ihres Königs jederzeit versichert halten, möge Ihr Gesundheitszustand gestatten, daß Sie den lebhaften Wunsch, Sie nicht ganz gehen zu sehen, sondern in einer Kommando- oder der Armee wieder zu plazieren, in Erfüllung gehen sehen kann.“
Das „Armeeverordnungsblatt“ publiziert ferner eine Kabinetsordre vom 10. März, wonach die Abtheilung für persönliche Angelegenheiten in der bisherigen Weise auf dem Etat des Kriegsministeriums verbleibt, aber nicht mehr die geschäftliche Firma „Abtheilung für persönliche Angelegenheiten“, sondern unter entsprechender Modifizierung ihrer Stellung zum inneren Dienstbetriffe des Kriegsministeriums

künftig diejenige als „Militärkabinett“ führt. In der Armeearrangliste soll künftig hinter der Adjutantur des Kaisers das ganze Militärkabinett aufgeführt werden, die Führung der Namen desselben beim Kriegsministerium aber fortfallen und nur der Verweis „siehe Militärkabinett“ stehen.
Der Rücktritt des Kriegsministers v. Kameke ruft noch einige Reminiscenzen hervor, die sich an seine Demission knüpfen. Es wird daran erinnert, daß in der Sitzung des Reichstages, in welcher die bekannten Vorgänge bei der Beratung des Militärpensions-Gesetzes sich abspielten, in der Hofloge zwei Adjutanten des Kaisers, darunter Major von Bröhlke, in anderen Logen der kommandirende General des dritten Armeekorps General v. Bape, der Hauptgegner des früheren Kriegsministers, in Begleitung mehrerer höherer Officiere, ferner zwei Adjutanten des Kronprinzen den Verhandlungen bewohnten. An demselben Tage war in den Zeitungen zu lesen, daß die betreffenden Generale und höheren Officiere, namentlich die Flügeladjutanten beauftragt worden wären, dem Kaiser einen Bericht über den Verlauf der Sitzung abzustatten. Von da ab dürften die Recriminationen datiren, die über die angeblich wenig feste und entschiedene Haltung des früheren Kriegsministers gegenüber den gegen die Militärverwaltung gerichteten Angriffen an maßgebender Stelle erhoben worden sind.

Die Nordd. Allg. Stg. tritt der Behauptung der „Allg. Stg.“ entgegen, daß der Minister v. Kameke seit vielen Jahren der erste Minister sei, der ohne den Verdacht abgehe, vom Fürsten Bismarck gestützt zu sein. Sie bezeichnet diesen Verdacht als „aus dem Bestreben einer tendenziösen Geschichtsschreibung entsprungen“. Sie versucht der jedem der abgegangenen Minister den Nachweis, daß er ohne den Einfluß Bismarck's abgegangen sei. Nicht ohne komische Wirkung inbezug auf folgende Schlusssatz der Nordd.: „Schließlich möchten wir darauf hinweisen, daß es sich durch Examina feststellen läßt: ob jemand den Anforderungen einer ministeriellen Stellung zu genügen vermag. Der Ministerkandidat selbst kann sich leicht bei Uebernahme seines Amtes über seine Qualifikation täuschen, und so kommt es, daß er oft erst auf dem Wege der Erfahrung zu einem klaren Urtheil darüber gelangt.“

Ein sehr schmeichelhaftes Compliment für die „gewesenen“ Minister. „Ihr hattet nicht die Befähigung zu diesem Amte“, ruft ihnen der Commissionsrath Norddeutscher. Es geht Nichts über das Selbstbewußtsein der Norddeutschen.
Der Reichsb. singt sein altes Lied, indem er von Neuem den Weg der selbstständigen Revision der Majestäts-Gesetze Seitens der Staatsregierung als den „allein richtigen und der Würde des Staates entsprechenden“ bezeichnet und

sich freut über die Anzeichen, daß man in Regierungskreisen endlich daran zu denken scheint, diesen Weg einzuschlagen. „Es ist nur sehr zu beklagen“, so schreibt er weiter, „daß die Regierung sich so oft erst durch allerlei schlimme Erfahrungen nöthigen läßt, das zu thun, was ihr von konservativer Seite längst angerathen worden war. Wäre das nicht so, dann wäre uns der ganze Kulturkampf mit all seinen Wirren erspart geblieben — und doch hört man immer wieder, daß mit Männern, wie Herr von Bennigsen, Rath gepflogen wird, während ein Gleiches von konservativen Männern nie berichtet wird, obgleich das Land die Rathschläge der liberalen Parteien schwer mit wirtschaftlichen und sittlichen Nothständen hat büßen müssen. Aber wir wollten schon zufrieden sein, wenn die Regierung nur jetzt endlich die richtigen Wege einschlagen würde, denn es ist höchste Zeit, daß die kirchenpolitischen Wirren beseitigt werden.“

Berlin, 12. März. Die Ausführungen des Monit. de Rome, betreffend den Pari passu-Artikel der „Prov.-Corr.“ lauten wie folgt:

„Die Berliner „Prov.-Corr.“ hat vor einigen Tagen einen Artikel über die religiöse Frage veröffentlicht, der lediglich ein Gewebe von Ungenauigkeiten und falschen Inflationen ist. Jeder Verschleierung beraubt, reducirt sich ihre Theorie „Pari passu“, welche den Lauf der Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Preußen bestimmen soll, auf folgendes: Nachdem die Berliner Regierung die Gefandtschaft beim heil. Stuhl wieder hergestellt, hat sie das Recht, vom Papste die Concession in Bezug auf die Angelegenheit zu erwarten, ohne daß Preußen gleichzeitig eine organische Revision der Majestäts-Gesetze unternehme.“

Diese Anschauung in Betreff des „Pari passu“ beruht sowohl auf einem philosophischen als auch auf einem historischen Irrthum. Zunächst kann das „Pari passu“ philosophisch diese Bedeutung nicht haben. „Pari passu“ bedeutet das simultane Fortschreiten der Verhandlungen auf dem Wege der Concessionen, auf demselben Boden der Gesetze von 1873. Wenn der Papst das Vetorecht bewilligt, d. h. wenn er sich verpflichtet, einen Theil der Gesetzgebung von 1873 anzunehmen, so verlangt offenbar das „Pari passu“, daß die Regierung auch ihrerseits bereit sei, den anderen Theil dieser Gesetze zu revidiren. Sagt man, daß die Wiederherstellung der Gefandtschaft einen ersten Schritt seitens der Regierung bilde, so heißt das vollständig die Situation verkennen. Sicher werden wir niemals vergessen, was die Regierung gethan hat. Das reguläre Functioniren der Gefandtschaft und das letzte kirchenpolitische Gesetz, welches, ausgeführt, den schreiendsten Ungerechtigkeiten ein Ziel gesetzt haben würde, konnten

Eudocia

oder die Christenverfolgung unter den Vandalen.

Historische Erzählung aus dem fünften Jahrhundert von Anton Geith.

(Fortsetzung)

Die Kaiserin dankte dem heiligen Manne für die Beweise so liebevoller Theilnahme und bat sodann in die Knie sinkend um seinen heiligen Segen. Ihr folgten alle Anwesenden und der Bischof segnete Alle und sprach sodann zur Kaiserin gewendet:

„Nicht um Dankes Willen oder aus Reugier sind ich und mein Begleiter hierher gekommen, sondern lediglich aufrichtige Theilnahme an Euerem traurigen Loos, Majestät, ist der Zweck unseres Besuchs. Mein Begleiter, ein junger Arzt dieser Stadt, bietet seinen Beistand an, wenn irgend leibliche Krankheiten und Leiden seinen Dienst erfordern sollten. Ebenso bin ich bereit Trost den Seelen zu spenden, wenn ich dieses im Stande sein sollte.“

„Ehrwürdiger Vater“, entgegnete die Kaiserin, „wir kennen die Hohenheit Eurer Gesinnung; der Ruhm Eurer Frömmigkeit und Gerechtigkeit ist längst auch nach Rom gedrungen; es ist doch genugsam bekannt geworden, mit welcher Liebe Ihr hier in Kartago den Armen und Leidenden, zu denen auch wir jetzt zählen, früher schon entgegen gekommen seid. Euer menschenfreundliches heiliges Wirken hat diese Stadt seit ihrer Eroberung durch unsere Feinde vielfach empfunden und gepriesen.“

Nicht allein die Römer und die Katholiken ehren Euren Edelmut, sondern selbst die Barbaren und die Jergläubigen, denen Eure Veredelmheit und Eure edlen Thaten Ehrfurcht einflößen, bewundern und verehren Euch. Wir bedürfen zwar im Augenblicke keines leiblichen Beistandes, wohl aber geistigen Trostes, denn noch wissen wir nicht, welches Loos unser wartet, ob Tod oder Sklaverei, ob noch Hoffnung auf einstige Freiheit oder ewige Gefangenschaft. Dann wenn auch voll auf ihre beiden Töchter blickend fuhr sie fort: „Wie gerne wollte ich Alles, ja selbst den Tod erliden, wenn ich nur meine Kinder in Freiheit wüßte, die das Vergnügen mit mir zu theilen haben, und deren trauriges Loos leider ich selbst heraufbeschworen habe.“ „Hohe Frau“ entgegnete der Bischof, „nicht Euer ist die Schuld, sondern der Wille dessen, der über unser Leben waltet, hat es gesügt, daß Ihr hierher in die Gefangenschaft geschleppt wurdet, und Eure Kinder mit Euch, um zu

leiden und mit diesem Leiden, das die Seele säu'ert, einft die Seligkeit des Himmels zu erringen. Wir Menschen denken wohl, wenn dieses so oder dieses nicht wäre, aber unser schwacher Geist ergründet nicht warum Alles so ist und was Gottes Vorsehung zu unserem Wohle über uns verhängt. Darum müssen wir in jeder Lebenslage uns dem Willen des Höchsten unterwerfen, im Unglücke nicht verzagen, denn unsere Bestimmung ist ja nicht für diese Welt, unser kurzes Leben ist ja nur eine Prüfung nach deren Resultate unser Loos für die Ewigkeit sich entscheidet.“

Während der Erzählung mit der Kaiserin sprach, war Agolin zu den beiden Schwestern getreten. Herz und Ohr erfreuten sich an dem lieblichen Wohlklingen der Worte Eudociens, welche ihm erzählte, wie der Mörder ihres Vaters ihre Mutter zur Ehe zwingen wollte, und diese da sie sich seiner Gewaltthätigkeit nicht mehr erwehren konnte, die Hilfe des Vandalenkönigs angerufen habe; wie alsdann dieser statt als Helfer, als Feind vor Roms Thoren erschienen, auf Bitten des Papste Leo zwar Mord und Brand seinen Kriegern verboten, statt dessen aber um so ärger geplündert und was sich durch rasche Flucht nicht rettete, in die Gefangenschaft geschleppt habe. Sie schilderte in lebhaften Farben, wie ihre Mutter im letzten Augenblicke noch gehofft, Genesung ihrer Schwelgerei zu erlangen und auf den Knien um Schutz und Beistand geschrieen habe. Der König habe sie aber mit wildem Hohn gelächelt empfangen, sie sofort als seine Gefangenen erklärt und seinen rohen Soldaten zur Bewachung übergeben. Da hätten weder Thränen noch Bitten um Gnade. Allen Mitleids ungeachtet wurden sie zu Schiffe gebracht, erbarmungslos dort eingepfercht und hierhergeschleppt, wo sie nun erst gewärtig sein müßten, was des Königs Grausamkeit über sie bestimmen werde.

Thräne um Thräne stahl sich anfangs bei dieser Erzählung aus den Augen Eudociens bis sie zuletzt in ein frampfhaftes Schluchzen ausbrach, welches auch bald alle Anwesenden erfaßte, so daß schließlich kein Auge thränenlos blieb. Selbst der Kerkernmeister wuschte eine Thräne aus seinem Barte, denn auch ihn jammerte die Jugend und das Mißgeschick der unglücklichen Frauen, insbesondere der jungen Prinzessinnen.

Da die Zeit schon vorgerückt war, machte Silico zum Aufbruch. Der Bischof ermahnte die Frauen noch zum Gottvertrauen und zum Gebete, legte ihnen besonders an's Herz sie möchten ihre Leiden Gott als Bußwerke für ihre ihnen

anklebenden Sünden und Mängel aufopfern, damit sie würdig würden vor Gottes Altar hzutreten; segnete nochmals die ganze Versammlung, betete über sie, und nahm trübenden Abschied von derselben.

Als Eudocia den Druck von Agolin's Hand in der ihrigen fühlte, beschlich sie ein Gefühl des Vertrauens und neuer Hoffnung; ihr Herz schlug fast hörbar, ihre Hand begann zu zittern, und als der Jüngling ihr versprach, über sie zu wachen, und all seine Kräfte für ihre Befreiung anzubieten, rötheten sich ihre Wangen, und mit einem stummen, aber vielfagenden Händedruck wandte sie sich von ihm, um wiederholt ihren Thränen freien Lauf zu lassen.

Raum hatte der Bischof mit Agolin das Gefängniß verlassen, als der königliche Befehl in der Stadt kundgemacht wurde, daß alle Gefangenen nach Name und Stand in ein Verzeichniß gebracht werden sollten. Was sich an Künstlern, insbesondere Malern und Bildhauern, Bau- und Werkmeistern unter ihnen befand, war für den Dienst des Königs bestimmt. Alle Uebrigen sollten ohne Unterschied des Standes Alters und Geschlechtes als Sklaven verkauft und schon am folgenden Tage zu Markte gebracht werden. Für die Kranken und Leidenden ward ein Aufschub von drei Tagen gestattet. Was bis dorthin nicht genesen, sollte dem Tode verfallen sein.

Als die Kunde dieser Anordnung unter den Gefangenen sich verbreitete, erhob sich neuerdings ein Jammer und Wehklagen unter den Unglücklichen, besonders den Frauen und Personen aus höheren Ständen. Diejenigen, welche gewohnt waren, selbst über zahlreiche Schaaeren von Dienern und Sklaven zu gebieten, sollten nun selbst den rohen Siegern dienen, ihre Mißhandlungen dulden und zeitweils an's Sklavenjoch gekettet sein.

Die an schweren Krankheiten Leidenden sollten sich hoffnungslos zum nahen Tode bereiten, Kinder sollten vom Herge der Eltern, Gatten von Gatten, Bruder von Schwester gerissen werden.

Da eilte der Bischof der Stadt mit seinen Priestern und einigen edlen Frauen neuerdings, um den Unglücklichen Rath und Stärkung einzufößen.

Nach Agolin schickte nicht. Die ganze katholische Bevölkerung der Stadt wetteiferte noch einmal in Spendung von Wohlthaten. Der Bischof, welcher bereits eine bedeutende Summe aus dem Erlöse seiner Kirchenstücke zum Loskaufe einzelner bereit hatte, veranfaltete noch eine letzte Sammlung unter seinen Getreuen, welche noch ein reichliches Erträgnis ab-

sch zu Reparationsmaßregeln gestalten. Aber die Wiederherstellung der Gesandtschaft ist keine Concession. Sie ist ein Mittel zu constanten und regelrechten Verhandlungen und wahrlich ebenso die Interessen Preußens, wie die Würde des h. Stuhles. Wenn die Prov.-Corr. so viel Gewicht legt auf diese Initiative ihrer Regierung, um der Kirche die Nothwendigkeit vorzuführen, ihrerseits Concessionen zu machen, ohne daß Preußen aufrichtig die Maßregeln revidiren will, so täuscht sie sich. Der Staat genösse alle Wohlthaten der Verhandlungen, die Kirche aber ginge mit leeren Händen davon.

Der Artikel der Prov.-Corr. ist aber auch eine Serie historischer Ungenauigkeiten. Niemals hat der Vatikan, oder die Kirche oder ein Vertreter des h. Stuhles das „pari passu“ auf diese Weise verstanden.

Was das halbamtliche Organ vom Cardinal Franchi sagt, ist vollständig unbegründet. Wenn der Cardinal Franchi am Anfang des Pontificats Leo's XIII. die Wiederherstellung der Gesandtschaft verlangte, so hat er nie erklärt, daß der h. Stuhl sich mit dieser Maßregel begnüge. Der römische Diplomat forderte diese Wiederherstellung, um regelmäßige Verhandlungen über die religiöse Lage in Preußen zu führen. Die Kirche hat nicht aufgehört, die organische Revision der Maßregeln zu verlangen. Sie wollte nicht nur, wie die Prov.-Corr. insinuiert, ein vages und unentschiedenes Versprechen, sie forderte eine ernsthafte Garantie. Diese Garantie ist bisher von Preußen verweigert worden und der Friede wird erst an dem Tage zu Stande kommen, wo die Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung keinem Zweifel mehr begangen wird. Wie könnte die Kirche ihre Waffen, ihre Position ausantworten, wenn der Staat den Apparat einer Gesetzgebung beibehält, welche sich in das innere Leben des Katholicismus einmischt? Die Kirche will den Frieden, den aufrichtigen und lokalen Frieden, den fruchtbaren und dauerhaften Frieden; aber sie wird nie weder der Dupirte, noch auch der Complice eines Wanders sein.

Die Prov.-Corr. versichert, daß der Papst in seinem Schreiben an den Erzbischof von Köln vom Jahre 1880 die Angelegenheit für alle Priester versprochen habe. Das ist ein Jethum; Leo XIII. hat weder den Modus, noch die Form, noch die Ausdehnung des Veto definiert.

Die Angelegenheit, wie sie von der Kirche aufgestellt wird, darf nicht an dem Princip der Freiheit der Kirche rütteln. Aber es scheint, daß die Regierung daran denkt, vollständig mit dem Veto durchzudringen, das in der Gesetzgebung von 1873 enthalten ist, und daraus eine Principienfrage zu machen.

Der Vatican und die Katholiken haben stets gegen die Deutung protestirt, welche man dem Briefe des h. Vaters gegeben hat und welche ihm von der Prov.-Corr. noch heute gegeben wird. Warum nimmt das ministerielle Blatt diese These wieder auf? Geschieht das, um den Vatican in's Unrecht zu setzen?

Seit einigen Tagen spricht man mit bezeichnender Hartnäckigkeit von einer Annäherung zwischen dem Fürsten Bismarck und den Nationalliberalen. Man sagt voraus, Herr v. Bennigsen werde wieder in Gnaden aufgenommen werden. Man sieht bereits eine conservativ-gemäßigt liberale Majorität in der Bildung begriffen. Diese Mittelpartei würde eine Revision der Kampfgesetze, aber nicht die der Gesetze vom Jahre 1873 vornehmen. Diese Eventualität ist durchaus nicht geeignet, die Katholiken zu erschrecken. Mag sie Taktik oder Wahrheit sein, die Katholiken sehen mit großer Seelenruhe der Erfüllung dieser Vorherabgungen entgegen. Aber die religiöse Frage ohne das Centrum und die Kirche lösen wollen, heißt sie in noch größere Verlegenheiten stürzen: das heißt die Unordnung vermehren, aber nicht ihr ein Ziel setzen.

Die Magdeb. Ztg. ein Kulturkampforgan erster Klasse, bringt Auszüge aus den von Dr. Max Lehmann unter dem Titel: „Preußen und die kath. Kirche seit 1840“ herausgegebenen Publikationen aus dem preussischen Staatsarchive. Da kommen folgende Stellen vor:

„Friedrich II. würde die Eroberung Schlesiens schwerlich gelungen sein, wenn er nicht an dem Protestantismus der neu erworbenen Provinz einen starken Verbündeten gehabt hätte“. „Wie ein Ketter in der Roth erschien der junge Preußenkönig, er, der mächtigste evangelische Fürst in Deutschland. Die schlesischen Protestanten betrachteten ihn wie einen vom Himmel geschickten Schutzengel.“

Damit war also in nackten Worten eingestanden, daß die damaligen Protestanten in Schlesien schwarzen Hochverrath an ihrem angekauften Herrscherhause verübt und dem in das Land einfallenden Preußenkönige die Wege geebnet

war, denn selbst Fergläubige und einige der vornehmeren Banditen gaben von dem Jammer gerührt ihre Spenden.

Während die königlichen Beamten mit Anfertigung der Listen voll auf zu thun hatten, waren der Bischof und Agolin damit beschäftigt jene zu verzeichnen, deren Krankheiten zwar eine längere Dauer in Aussicht stellten, jedoch mit Sicherheit auf Genesung rechnen ließen, denn diese mußten zunächst, um ihr Leben zu retten, losgelassen werden. Eine nicht unbedeutende Summe war für den Loskauf vornehmer Frauen bereit gehalten. Agolin am allermeisten um das Loos Gudociens und der Kaiserin bekümmert, unterhandelte auch mit seinem Vater, da er entschlossen war sein ganzes Vermögen für deren Rettung hinzugeben. Er bestimmte ihn bei Hofe Erkundigungen einzuziehen, was der König begünstig der Kaiserin und deren Töchter wohl beschloßen haben mochte.

So war der Abend herangekommen. Noch einmal besuchte der Bischof in Begleitung Agolin's die beiden Kirchen, welche mit Kranken überfüllt waren, empfahl den Wärtern eine sorgfältige Pflege derselben und begab sich mit seinem jugendlichen Freunde bei einbrechender Nacht in sein eigenes Haus, woselbst nur Schwerkranken ihre Unterkunft gefunden hatten. Des Schlafes entbehrend widmeten sich Beide in aufopferndster Liebe deren Pflege bis zum Anbruch des Tages, indem sie gleichzeitig verschiedene Pläne und Entschlüsse zur Rettung einzelner Unglücklicher in ihren Gedanken erwogen.

(Fortsetzung folgt.)

haben. Es wird zugegeben, daß das Motiv zu diesem Hochverrath der Wunsch gewesen sei, von dem katholischen Herrscherhause los und unter das Scepter eines protestantischen Monarchen zu kommen. Der Verfasser entschuldigt das freilich mit den Bedrückungen, welche die Protestanten Schlesiens unter der habsburgischen Herrschaft erlitten hätten, ob man aber dieselbe Entschuldigung gelten lassen würde, bemerkt dazu die Deutsche Reichsztg., wenn das Beispiel der schlesischen Protestanten von Katholiken befolgt werden sollte, lassen wir dahingestellt sein.

Berlin, 13. März. Der heute früh in Baden-Baden gestorbene ehemalige russische Reichskanzler Fürst Alexander Michailowitsch Gortschakow war am 4. Juli 1798 geboren. Sein Vater, Generalmajor Fürst Michael Gortschakow, dastirte sein Geschlecht bis auf die Ruriks, die Begründer der russischen Dynastie zurück. Seine Mutter war eine geborene Gräfin Helene v. Fersen, welche vorher mit dem sächsischen Generalleutnant Baron v. Osten-Sacken verheiratet gewesen war. Russisches und deutsches Blut roßte also in den Adern des berühmten russischen Diplomaten. Seine Bildung erhielt der junge Gortschakow im Lyceum von Jarosko Selo, wo der Dichter Puschkin sein Studiengefährte war. Nach Beendigung seiner Studien wandte er sich der diplomatischen Karriere zu und war von 1824 bis 1842 an verschiedenen russischen Gesandtschaften beschäftigt. Von 1842 bis 1850 war er Gesandter in Stuttgart und nachher am deutschen Bundestage in Frankfurt, wo er mit Bismarck Bekanntschaft machte und mit diesem zugleich den Haß gegen Oesterreich einjog. Bei Gelegenheit der Wiener Conferenzen warf Gortschakow ein Glas Wasser zu Boden mit der Aeußerung, daß er in ähnlicher Weise Oesterreich zerschmettern werde. Dieser Haß gegen Oesterreich machte ihn nach 1856 in Rußland populär und seine Ernennung zum Reichskanzler nach Kesselrode's und seine Ernennung zum Reichskanzler nach Kesselrode's Tode wurde von den Russen mit Beifall begrüßt. Seinem Haße hat er auch Ausdruck gegeben. 1859, als Oesterreich von Italien und Frankreich angegriffen war, agitierte er gegen Oesterreich. 1866 begünstigte er Preußens Politik gegen Oesterreich und 1870 hinderte er letzteres an Preußens Revanche zu nehmen. Im Uebrigen hatte er mit seiner Politik große Mißerfolge. 1856 verlor Rußland seine Suprematie, auf dem Schwarzen Meere, der polnische Aufstand 1863 entzog der russischen Politik die Sympathien Frankreichs und zugleich die Hoffnung auf Wiedergewinnung der verlorenen Stellung am Schwarzen Meere, und der Berliner Congress war, nachdem mit dem russisch-türkischen Kriege bereits das Dreifaltigkeitsbündniß sich gelöst hatte, die Vernichtung des schlaunen Vertrages von San Stefano und die Verdunstung der vielgerühmten thurmhothen Freundschaft zwischen Rußland und Preußen. Gortschakow mußte erleben, daß Bismarck über ihn hinweg ein Bündniß mit dem eben so sehr gehaßten und bekämpften Oesterreich schloß. Seitdem war sein Stern am Niedergehen und vor zwei Jahren schied er aus dem Amte. Aerger und Alter haben ihn abtödtend gemacht. Er ist in's Grab gestiegen ohne eine Lücke in der Welt zu hinterlassen. Bismarck, gegen den Gortschakow seit seinem Tode auf dem Berliner Congress und namentlich seit seinem Rencontre mit dem Reichshunde großen Groll hegte, sieht abermals einen Gegner, freilich einen völlig ungeschädlich gewordenen, vor sich in die Grube steigen. Das Gerücht, das einige Zeitungen kolportirten, bei Gortschakow hätten sich die Symptome einer Vergiftung gezeigt, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Katholiken, namentlich die Katholiken Polens, werden, wie die D. Reichsztg. richtig bemerkt, dem Herrn Gortschakow keine Thräne nachweinen. Er gehört unter die Bedrücker des h. Stuhles und ihn trifft ein großer Theil der Schuld an dem Vorgehen Neutaliens gegen den päpstlichen Stuhl und an der Veranlassung des letzteren. Für das Blut Jodann, das auf Polens Gefilden durch die russischen Schergen vergossen wurde, für die Niederbeugung der katholischen Uniken und für die Internirung tausender katholischer Priester in Sibirien macht die Geschichte neben der verstorbenen Czarin, die schon als heftige Prinzessin eine fanatische Gegnerin der Katholiken war, am meisten Gortschakow verantwortlich.

Baden-Baden, 12. März. Wegen des Verdachts der Phosphorvergiftung ist die Leiche Gortschakow's gerichtlich seziert worden. Die gerichtliche Untersuchung des Thatbestandes dauert fort. Morgen wird die Leiche in der hiesigen griechischen Kapelle beigesetzt und bleibt dort vorläufig, bis sie dann nach Rußland transportirt wird.

Crefeld, 12. März. Die Niederr. Ztg. bringt folgende Mittheilung: „Den Petitionen aus Crefeld und Dülken um Einführung geheimer Abstimmung war ein reiches Belegmaterial (Zeugnisse über „liberale“ Arbeiterbedrückungen) beigelegt, welches in dem betr. Bericht der Petitions-Commission zum Abdruck gelangt ist. Die Cref. Ztg. hat diese Belegstücke „zur Erweiterung ihrer Leser“ abgedruckt. In Folge hiervon hat bereits der „liberale“ Färbereibesitzer Wilhelm Biermann hier selbst seinen Färbereigesellen Wilhelm Jöres am Samstag mit dem Bemerkten entlassen, Jöres müsse zum Loch hinaus. Jöres hat, wie Biermann selbst bezeugt, in der Färberei desselben 10 Jahre lang „treu und fleißig gearbeitet“. Jöres ist Vater von 6 Kindern. Jeder Commentar ist überflüssig. Wir werden zur Unterstützung der wegen ihrer Ueberzeugungstreue gemäßigten Arbeiter an die Gefinnungsgenossen in ganz Deutschland appelliren.“ Aus Dülken geht dem genannten Blatte folgende Correspondenz zu: „Die Cref. Ztg. veröffentlicht die einzelnen Fälle von „angeblichen“ Wahlbeeinflussungen, welche der Petition von hier, um Einführung der geheimen Abstimmung beigelegt waren. Wenn die Cref. Ztg. glaubt, ihren Lesern damit die Unwahrheit der einzelnen Fälle beweisen zu können, daß sie bemerkt, „von den angeblichen Wahlbeeinflussungen habe, so weit sie die hiesigen Verhältnisse beurtheilen könne, das selbe zu gelten wie von den Crefelder Fällen, und außerdem erschienen diesen verdächtig, weil die Namensunterchriften den einzelnen Aussagen fehlten“, dann ist dies eine sehr wohlthätige Beweisführung. Wenn weiter die Cref. Ztg. meint, durch diese Veröffentlichung ihren Lesern etwas „Erweiterung“ geboten zu haben, dann glauben wir behaupten zu dürfen, daß dies von den hiesigen Gefinnungsgenossen des „liberalen“

Blattes nicht gesagt werden kann; ein „Liberaler“ soll sogar einem Arbeiter — dessen Erklärung auch der Petition beigelegt ist — die Thüre gewiesen und seine Entlassung aus der Arbeit angedroht und, nach einer andern Lesart schon beweis dafür, wie nothwendig es ist, dahin zu wirken, daß die geheime Abstimmung bei allen Wahlen eingeführt werde. Unbegreiflich ist es, daß es noch rechtlich denkende Leute gibt, welche sich dieser durchaus berechtigten Anforderung der geheimen Abstimmung noch verschließen können.“

Mainz, 12. März. Gestern Nachmittag fanden bei einer ganzen Reihe von Personen, von welchen man wußte, daß sie früher der socialdemokratischen Arbeiterpartei angehört, Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften socialistischen Inhaltes statt; ein in der Neustadt wohnender Schuhmacher, der im Verdacht steht, diese Schriften vertheilt zu haben, wurde noch gestern Abend auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet. Wie der M. A. hört, geschah die Hausdurchsuchung auf Antrag von auswärtigen Staatsbehörden.

Frankreich.

Paris, 12. März. Der Seinepräfect brachte im Gemeinderathe ein Memoire ein, welches eine Anleihe von 220 Millionen zur Förderung der öffentlichen Bauten vorschlägt. Die Emission soll innerhalb fünf Jahren stattfinden und in der Zwischenzeit sollen Massenscheine ausgegeben werden, die durch den Ertrag der Anleihe zurückgezahlt seien. Der Zweck dieser Operationen ist, der Krise im Banwesen zu steuern.

Rede des Abg. Dr. Reichensperger (Olpe)

bei der 2. Berathung des Cultussetzts.
(23. Sitzung vom 23. Februar.)

(Schluß.)

Aber, ich füge noch ein Anderes hinzu: Wir fordern von der hohen Staatsregierung kein Almosen, wir fordern unser gutes, angeborenes, vererbtes, früher verfassungsmäßig verbürgtes Recht! (Lebhafte Beifall im Centrum.) Dieses Recht besteht auch heute noch, nachdem diese drei Artikel cassirt worden sind (Sehr gut! im Centrum.); es besteht, weil es in der Natur der Sache und in der Geschichte beruht. (Sehr wahr! im Centrum.) Dann meine ich denn auch als ziemlich aufmerksamer Beobachter weder hier im Landtag, noch dort im Reichstage Stimmen aus den verschiedenen Parteien gehört zu haben, die nicht anerkennen, daß die Fall'schen Gesetze nicht unabänderlich sein könnten, daß sie in vielen Beziehungen der Revision bedürften, und daß selbst die culturkämpferische Seite wenigstens theilweise Revision als nothwendig anerkannt hat. Und welche Stellung nimmt nun die königliche Staatsregierung dagegen ein? Sie hat ja Dictaturparagraphen vorgeschlagen, auf die ich noch mit einem Wort zurückkommen werde; sie hat aber ihrerseits bisher nichts gethan, um auch nur eine theilweise Revision zu Stande zu bringen. Aber sie hat ein Anderes gethan: Sie hat im deutschen Bundesrathe ihre Stimme abgegeben gegen die von dem deutschen Reichstage mit einer Zweidrittel-Majorität votirte Abschaffung des obbesten Ausnahmegesetzes der Welt, das den Namen des „Reichsachtgesetzes“ trägt. Nun, trotz dieser Zweidrittel-Majorität des Reichstages hat der Bundesrath das Gesetz abgelehnt, und es ist allgemein bekannt, auch gar nicht zu bezweifeln, daß die preussische Staatsregierung gegen diese Aufhebung des Reichsachtgesetzes votirt hat. Gründe für diese Zurückweisung sind im Reichstage nicht gegeben worden, und der Reichstag wußte ganz genau, daß er ein Recht auf Abforderung der Gründe dem Bundesrathe gegenüber nicht habe. Allein es gibt hier ein anderes wirkliches Recht. Dieser preussische Landtag hat das Recht, von der königlichen Staatsregierung die Angabe der Gründe zu fordern, weshalb sie gegen dieses vom Reichstag votirte Gesetz gestimmt hat. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Dieses Recht hat die Landesvertretung nach der ausdrücklichen und wiederholten Erklärung des deutschen Reichstages und des preussischen Ministerpräsidenten hier und dort im Jahre 1867 und 1872. Ausdrücklich hat damals — und Sie können das ausführlicher bei Rönne nachlesen — der Herr Reichskanzler erklärt, jede Landesregierung sei verpflichtet, der Landesvertretung Redenshaft und Aufklärung zu geben über die Art und die Gründe ihrer Stimmenabgabe im Bundesrathe. Das ist ein höchwichtiges Princip, welches wenigstens einigermaßen die Selbstständigkeit der Einzelstaaten und der einzelnen Landtage sichert. Ich bin begierig, ob heute noch dieses Wort des Fürsten Bismarck gilt, oder auch begraben ist. Die königliche Staatsregierung scheint jetzt selber zu fühlen, daß in der jetzigen Lage manch Bedenkliches sei. Sie hat darum seit Jahren bereits Verhandlungen mit dem römischen Stuhle, also mit dem Papste angeknüpft, mit demselben Papste, dem gegenüber das Fall'sche Maßgesetz von 1873 erlassen, daß er nicht berechtigt sei, in dem Staate Preußen irgend welche Disciplinargewalt auszuüben. Mit diesem Papste nun unterhält die königliche Staatsregierung heute, um den Frieden in Preußen wieder möglich zu machen, Beziehungen. Das sind doch mindestens sonderbare Zustände! Und doch ist dies nothwendig, d. h. so lange nothwendig, als die Staatsregierung nicht dazu übergehen will, wie im Jahre 1848 resp. 1850 die Grenze zwischen der Staatsgewalt und der Kirche richtig zu ziehen. Das ist damals geschehen durch die drei seitdem cassirten Verfassungsartikel, und darum ist eine Intervention des römischen Stuhles damals nicht nothwendig gewesen. Diese Verfassungsartikel haben wir gemacht auf Grund der preussischen Souveränität. Allein hier Eingriffe in das naturgemäße Gebiet der Kirche zu machen, das erlauben wir uns einfach nicht, und wenn die anderen Parteien es glauben thun zu können, dann mögen sie es versuchen. Wenn dabei eine Besserung gelingt, dann freut es uns ja, aber wir werden dabei nicht mitgehen, weil wir nicht berechtigt dazu sind. Wir können nur die richtige Grenz zwischen Staat und Kirche ziehen; was darüber hinausgehen soll, gehört vor die kirchliche Obrigkeit. Nun, es sind also Unterhandlungen mit Rom seit Jahren angeknüpft, und das

konnte auch in rabiatesten Cult fürst Bismarck laut erklärt, es ein, den Cultur des Landes zu machen, wenn es käme. Bismarck kannt, aber, siehe fragen Sie sich, liebender Papst und dieser fried dem römischen Cult wahrzunehmen. daß alle diese Un viel Concessionen Kirche zu expre mit dem thätig den Glend der Regierung Preu ist ganz gewiß d weit gehen, als immer gestalten. men, um möglic ungläubig falsch wenn man die (Hört! Hört! im selbst in Ihrem eine in der Staat Ansehen, Autorit etwas anderes a Ober glauben S belebenden, erheb üben kann? Ich nur, um meine n, die Worte: Centrum.) Gebe das bedeutet für scheint diese Ang Nachfrage der wird, wie es sch bensinteresse der katholischer, sonde mittelbaren Rech Frage der ausw Ich wenigstens die vom Minister vollständiger Bes minister erklärte, zu haben, die die Stühle mitgegebe Bericht, theils Wenn es ein Tr tlicher Ueberzeugu froh sein, wenn e werde dann, woz mußten Bericht n auf Drängen des In diesen letzten stücke veröffentlicht Se. Majestät de einer entprechend Aussicht gestellt, sicherlich eine em liche Staatsregie wird. Ich bin d fassen werden, e spricht oder schwe regierung anerken Friedenshand geb ob dieselbe jeht n einfach zurückgeht nicht das Wlad Ministers von ge wem die Schuld gegnet. Mir ist Aeußerung des ffrage des Herrn zu Ende sei, oder seien oder etwas Erklärung abgege Freunde hier mit freue ich mich de enthält, leider d Rede des Herrn im Centrum.) I von selbst, daß i gegenkommens hie immer erklärt u den berechtigten und Kirche anerke unterwerfen. N thun, dann werde Mal dagewesenen halten haben, daß den Culturkampf der Friede unfer jeden Preis verur gaunge Verantwort der Hand der R ihrem Abkommen Gegner finden. I ausgefretzte Nam möglichweise die sich noch einmal Redner geht dan Ultimogefehes ein daß nicht er, son habe, daß dies n protestantischen Tischer Theologe richtig! im Cent

sof sagar
von beige-
u n g aus
art schon
rechender
cken, daß
rt werde.
eute gibt,
g der ge-

bei einer
achte, daß
ange-
nenden socia-
vohneider
vertheilt
Staats-
esgab die
behörden.

Gemeinde-
on 220
uten vor-
stättfinden
ausgegeben
dazugahen
im Bau-

erger

rdern von
den unfer
näßig ver-
Dieses
Artikel cas-
sticht, weil
berucht.
auch als
Landtag,
denen Par-
die Fall-
ie in vielen
die cultur-
als not-
nt nan die
a Dictatur-
nem Nichts
worts ge-
Stande zu
Sie hat im
die von
majorität vo-
der Welt,
Nun, trotz
der Bundes-
kennt, auch
atsregierung
votirt hat.
ge nicht ge-
au, daß er
desratige ge-
es wirkliches
nt, von der
zu fordern,
Geleg ge-
m.) Dieses
idlichen und
e und des
Jahre 1867
können das
reichsanzler
Landesver-
die Art
rath. Das
eintgermaßen
zeln Land-
noch dieses
degraben ist.
zu fühlen,
ei. Sie hat
den römischen
it demselben
von 1873 er-
ate Preußen
Mit diesem
ierung heute,
machen, Be-
e Zustände!
hwenbig, als
ie im Jahre
sgewalt und
als gesehen
damals nicht
haben wir ge-
lein hier
ge zu machen,
die anderen
en sie es ver-
den freut es
weil wir nicht
ichtige Grenz-
e hinausgehen
es sind also
appt, und da

konnte auch in der That Niemanden wundern. Auch den rabiatesten Culturkämpfer konnte das nicht überraschen, denn Fürst Bismarck hat bereits beim Beginn des Culturkampfes laut erklärt, es fiele der preussischen Staatsregierung nicht ein, den Culturkampf zu einer dauernden Institution des Landes machen zu wollen; er werde schon Frieden machen, wenn einmal ein friedliebender Papst auf den Stuhl käme. Bis IX. wurde mit Unrecht als solcher nicht anerkannt, aber, sehen Sie sich doch um in der ganzen Welt und fragen Sie sich, ob nicht etwa Papst Leo XIII. als ein friedliebender Papst par excellence von aller Welt anerkannt ist. Und dieser friedliebende Papst sitzt genau schon 5 Jahre auf dem römischen Stuhle, aber von Resultaten ist noch nichts wahrzunehmen. Ich kann mich des Eindrucks nicht entwehren, daß alle diese Unterhandlungen nur den Sinn haben, möglichst viel Concessionen von dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu erpressen, weil man bei ihm mehr Sympathieen mit dem thatsächlichen momentanen, hoffentlich vorübergehenden Glend der preussischen Katholiken voraussetzt, als bei der Regierung Preußens besteht. Und diese größere Sympathie ist ganz gewiß da, und man wird darum in Rom gewiß so weit gehen, als es die Grundzüge und die Pflichten nur immer gestatten. Aber hier scheint Alles darauf anzukommen, um möglichst viele Concessionen zu erlangen in dem unglaublich falschen Gedanken, daß die Staatsgewalt wachse, wenn man die Freiheit und Autonomie der Kirche beschränkt. (Hört! Hört! im Centrum.) Aber fragen Sie sich doch nur selbst in Ihrem eigenen Busen, ob Sie denn glauben, daß eine in der Staatsumarmung befangene, bedrückte Kirche noch Ansehen, Autorität beim Volke haben kann, und daß sie für etwas anderes angesehen wird, als für ein Polizeinstitut? Oder glauben Sie wirklich, daß eine solche Kirche noch einen belebenden, erhebenden, idealen Einfluß auf das Volk ausüben kann? Ich will das gar nicht weiter verfolgen, ich will nur, um meine Anschauung klar zu legen, zwei Worte nennen, die Worte: „Ruffisches Pöbenthum!“ (Sehr gut! im Centrum.) Geben Sie sich selbst die Antwort darauf, was das bedeutet für den Staat und für die Kirche. Und man scheint diese Angelegenheit sogar direct als eine lebendige Nachfrage der auswärtigen Politik anzusehen; die Frage wird, wie es scheint, gar nicht mehr behandelt als ein Lebensinteresse der Bevölkerung des Staates Preußen, nicht bloß katholischer, sondern auch evangelischer Confession, die ihre unmittelbaren Rechte direct berührt, nein, sie scheint als eine Frage der auswärtigen Angelegenheiten behandelt zu werden. Ich wenigstens habe im vorigen Jahre aus den Erklärungen, die vom Ministerialrathe ausgegangen sind, wie ich meine, mit vollständiger Bestimmtheit entnommen, daß der Herr Cultusminister erklärte, gar nicht Kenntnis von den Instructionen zu haben, die dem preussischen Gesandten beim römischen Stuhle mitgegeben seien. Das steht theils in dem gedruckten Bericht, theils sind diese Aeußerungen mündlich gefallen. Wenn es ein Irrthum ist, dann ist dieser Irrthum aus redlicher Ueberzeugung hier ausgesprochen worden, und ich werde froh sein, wenn es als Irrthum festgestellt werden kann. Ich werde dann, wozu ich nicht Zeit hatte, den desfallsigen Commissionsbericht näher ansehen, denn die Erklärung ist damals auf Drängen des Herrn Abg. Windthorst abgegeben worden. In diesen letzten Tagen sind nun ja zwei wichtige Schriftstücke veröffentlicht worden; zwei Schreiben des Papstes an Se. Majestät den Kaiser und König, und die Publication einer entsprechenden Note des Cardinal-Staatssecretärs ist in Aussicht gestellt, ich habe sie noch nicht gelesen. Es ist nun sicherlich eine ernste Frage, welche Stellung wohl die königliche Staatsregierung diesen Schritten gegenüber einnehmen wird. Ich bin der Meinung, daß wir jedenfalls Etwas erfahren werden, gleichviel ob die königliche Staatsregierung spricht oder schweigt, — und ich sollte meinen, daß die Staatsregierung anerkennen müsse, daß ihr hier eine weit ausgestreckte Friedenshand geboten ist. Ich bin begierig, zu vernehmen, ob dieselbe jetzt wiederum, wie vor einigen Jahren in Wien, einfach zurückgewiesen wird. Ich habe auch hier wiederum nicht das Glück gehabt, ganz genau die Erklärung des Herrn Ministers von gestern zu verstehen, ich weiß wirklich nicht, an wem die Schuld liegt, sonst ist mir das nicht so häufig begegnet. Mir ist aber versichert worden, es sei eine kurze Aeußerung des Herrn Ministers gefallen gegenüber der Anfrage des Herrn Abg. Windthorst dahin, daß keineswegs alles zu Ende sei, oder daß die Verhandlungen nicht abgebrochen seien oder etwas dem Aehnlichen. Ich weiß nicht, ob diese Erklärung abgegeben wurde; sie ist mir bloß von einem Freunde hier mitgetheilt worden. Wenn sie gefallen ist, dann freue ich mich dessen und kann sagen, daß sie etwas Gutes enthält, leider das einzige Gute, was ich in der ganzen Rede des Herrn Ministers gestern gehört habe. (Zustimmung im Centrum.) Nun, was uns anlangt, so versteht es sich von selbst, daß wir unser Urtheil über das Maß des Entgegenkommens hier gar nicht abzugeben haben. Wir haben immer erklärt und wiederholen es, daß wir den Papst als den berechtigten Disponenten über das Verhältnis von Staat und Kirche anerkennen, — daß wir uns seinen Entscheidungen unterwerfen. Nun, wenn wir dies thun und wir werden es thun, dann werden Sie zugleich die Antwort auf jenen 100 Mal dagewesenen, ich muß sagen, lächerlichen Vorwurf erhalten haben, daß wir von dem Culturkampf lebten, daß wir den Culturkampf nicht zu Ende gehen lassen wollten, — daß der Friede unsere schreckliche Angst sei, und daß wir ihn um jeden Preis verhindern wollten. Nein, so steht es nicht; die ganze Verantwortlichkeit der weiteren Eventualitäten liegt in der Hand der Regierung; von unserer Seite wird sie bei ihrem Abkommen mit dem römischen Stuhle wahrlich keine Gegner finden. Und ich möchte wirklich hoffen, daß die jetzt ausgestreckte Hand nicht zurückgewiesen werde; es könnte sonst möglicherweise die Geschichte von den sibyllinischen Büchern sich noch einmal wiederholen.“ (Sehr gut! im Centrum.) Redner geht dann auf die discretionären Befugnisse des Ultimogefehes ein und erinnert den Cultusminister daran, daß nicht er, sondern das Gesetz das Culturregament besetzt habe, daß dies nicht im Interesse der Katholiken, sondern der protestantischen Theologen geschehen sei. Denn kein katholischer Theologe habe sich diesem Examen unterworfen. (Sehr richtig! im Centrum.) Eine Verpflichtung für Zurückberu-

fung der Bischöfe bestehe zwar nicht, aber er glaube, daß Se. Majestät der König von seinem Begnadigungsrechte habe Gebrauch machen wollen, daß man dann aber einen juristischen Zwangsaden dazwischen gelegt habe, über den ein König nicht so leicht wegschreite, wie ein Anderer. Was die Kölner Adresse angehe, so wolle er der Bemerkung des Abg. Windthorst noch das hinzufügen, daß, wenn diese Adresse nicht erlassen sei, die Regierung gesagt haben würde, daß die Erzdiöcesanen keine Sehnsucht nach der Rückkehr ihres Bischofes hätten. Warum ist auch das Brodtbrotgesetz nicht außer Anwendung gesetzt? Die Regierung habe bei dem Ultimogefehes erklärt, daß sie damit keine politischen Rücksichten verfolge und keine Pression ausüben werde. Dieses Wort sei ungelöst geblieben. Nun erkläre die „Prov. Corr.“, es habe an dem Entgegenkommen der Kirche gefehlt. Daran habe es aber nirgends gefehlt und er könne sich diesen Vorwurf nicht anders erklären, als daß die Staatsregierung wieder den Standpunkt eingenommen habe, daß die Kirche sich den Fall'schen Gesetzen erst unterwerfen müsse, ehe an eine Milderung der Gesetze gedacht werden könne. Diese Jumentung sei unmöglich. Die katholische Kirche sei nicht die Herrin, sondern die Dienerin des göttlichen Willens; sie habe die Aufgabe, den göttlichen Glauben fortzuführen bis an das Ende der Welt, auch wenn die Zeiten wiederkehren sollten, wo im Collosum die ersten Christen den wilden Bestien vorgeworfen wurden. (Lebhafter Beifall im Centrum. Heiterkeit rechts.) Den Herren von der Rechten, die hierüber lachen können, thue es Noth, ernstlich über unsere Lage nachzudenken und zu handeln, damit unserm Volke die Religion erhalten bleibe. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 13. März. Ein vor dem Zollthore wohnender Fuhrmann ließ vorgestern Nacht seine mit Frucht beladene Karre auf der Straße ausgespannt stehen. Diese Fahrlässigkeit bißte er damit, daß ihm ein 100 Kilo schwerer Sack mit Roggen davon gestohlen wurde.

Anscheinend in Folge zu starken Einheizens gerieth heute Mittag der Lagerstuppen eines Kohlenplatzes von der verl. Grefelderstraße in Brand. Das Feuer verbreitete sich rasch über einen Gano- und Sackervorrath, vernichtete ein dort aufbewahrtes neues Pferdegeschirr und zerstörte ebenso einen Vorrath Sturplatteln. Da das Ganze nicht versichert ist, wird der Schaden immerhin einige 100 Mark betragen. Die Feuerwehr war zur Stelle.

Sobald eine Schneebede Walz und Flur bedeckt, suchen die Vogelfänger, alias Tagelöhne, eilrig ihr Geschäft zu machen, weil ihnen alsdann die hungernden Thierechen eher in's Garn laufen. Gestern gelang es der Polizei wieder deren einige vor dem Rheinthore abzufassen, denen das Amtsgericht demnach die Vogelfängerei schon verleben wird.

Der Schneefall in verfloßener Nacht bot der Jugend Gelegenheit genug, ihre Ausgelassenheit an den Tag zu legen und die Polizei notirte manchen Burlesken wegen Schneeballenwerfens. Auf der Friedrichstraße hatten heute Mittag 12 bis 18jährige Burlesken vollständiges Bombardement auf Fremdenpersonen eröffnet und warfen ein Fabrikmädchen derart, daß es ohnmächtig zusammenbrach. Die rohen Burlesken werden jedenfalls eine exemplarische Bestrafung zu gewärtigen haben.

Neddeheim, 12. März. Als die Hochfluth des Rheines über uns hereinbrach und in Folge dessen ein Aufbruch um milde Gaben für die Ueberschwemmten erfolgte, sandte Herr Pfarrer Grubenbrecher von Schmittheim 10 Mark an ein Mitglied des Unterstützungsausschusses mit den Worten: „Eine, wenn auch kleine Gabe der armen Eiferer für die unglücklichen Wasserbedrückten von Grimlinghausen und Neddeheim.“ Jetzt nun, wo Herr Grubenbrecher für seine nothleidenden Pfarrkinder um Gaben bittet, bedurfte es bloß einer Anregung, um auch den armen Schmittheimern mit milden Gaben beizustehen. Nachdem eine edle Wohlthäterin hier selbst ihre bekannte milde Hand weit geöffnet und die anderen gethan, was unter den obwaltenden Verhältnissen möglich, konnten heute 175 Mark an Ihre geschätzte Expedition zur Weiterbeförderung an Herrn Pfarrer Grubenbrecher abgeschickt werden.

Düsseldorf, 11. März. Zur diesjährigen Frühjahrsprüfung hatten sich 15 junge Leute gemeldet. Hiervon sind 6 wegen ungenügender schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen worden. Drei haben, laut der „Ebf. Ztg.“, im Ganzen bestanden.

M. Gladbach, 12. März. Herr Landrath Schmitz hat mit Rücksicht auf das heute hier beginnende Musterungsgeschäft eine Bekanntmachung für Gast- und Schenkwirthe erlassen, wonach dieselben auf die Unzulässigkeit der Verabreichung geistiger Getränke an Militärpflichtige hingewiesen werden und bei Zuwiderhandlungen gegen die betreffenden Wirthe unanfechtlich das Concessions-Entziehungs-Verfahren eingeleitet werden soll.

Vassfrath, 10. März. Laut der „Köln. V.-Ztg.“ ist es den umsichtigen Nachforschungen der Polizei gelungen, die Unmenschen, welche jüngst hier einen zwölfjährigen Knaben am Abend seiner Kleider vollständig beraubt haben, zu ermitteln und dingfest zu machen. Es sind zwei Weisenbinder aus Nippes, von denen der Knabe bei der Konfrontation mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß der eine ihm mit dem Messer gedroht habe, während der andere ihn beraubte. Der Knabe, der Stundenlang in der Nacht vollständig entblößt im Walde umherirrte und dadurch sich eine ernsthafte Erkrankung zuzog, geht glücklicherweise bereits seiner Genesung entgegen.

Moselfern, 5. März. Eine nicht geringe Ueberraschung wurde am verfloßenen Samstag Abend dem die Einfahrtsweide bedienenden Weichensteller auf hiesigem Bahnhof zu Theil, als an Stelle des fälligen und bereits gemeldeten Güterzuges, ein mit einem Schimmel bespannter Wagen bei ihm eintraf. Ein Einwohner von hier hatte nämlich am genannten Tage ein Fuder Wein nach Cochem gebracht. Auf dem Rückwege lehrte derselbe in Müden ein, um sich nach des Tages Last und Mühe durch einen Schoppen zu stärken, und ließ Pferd und Wagen ohne Aufsicht auf der Straße stehen. Freund Schimmel, welcher sich wohl nach warmem Stalle und gefüllter Krippe sehnen mochte, fand jedoch das

Warten an dem kalten Abende äußerst langweilig und machte sich auf den Heimweg. Unterhalb Müden, an einem Bahnübergange, bog er aber von dem Wege ab und trabte über den Bahndamm. Nur dem glücklichen Zufalle, daß der von Trier kommende Güterzug über 20 Minuten Verspätung hatte, ist es zu verdanken, daß ein großes Unglück vermieden wurde, indem der Schimmel auch noch das von dem Zuge zu befahrende Geleis gewählt hatte.

Vermischtes.

Berlin, 13. März. Die Ermordung eines Gelbbriefsträgers, die gestern geschehen, ist heute Mittag von der Criminalpolizei ermittelt worden. Ein Berichterstatter meldet heute darüber: Der Gelbbriefträger Kossäth war gestern Vormittag mit Gelbbriefen, Postanweisungen und einer mehrere tausend Mark betragenden Geldsumme nach seinem Revier in der Adalbertstraße und den anliegenden Straßen gegangen und hatte sich seither bei seinem Postamte nicht sehen lassen. Man begann gestern Nachmittag nach ihm zu forschen, und da er als ein zuverlässiger Beamter — Kossäth ist seit nahe 30 Jahren Briefträger — bekannt war, so entstand die Vermuthung, daß ein Verbrechen an ihm verübt worden sei. Die Nachforschungen ergaben, daß er gestern Vormittag einen Theil der Gelber an die Adressaten abgeliefert hatte und bei den heute in den Wohnungen der Adressaten fortgesetzten Nachfragen kam man endlich an das Haus Adalbertstraße 23, an der Ecke der Waldemarstraße, woselbst Kossäth gestern Vormittag eingetreten war, ohne von da wieder herausgekommen zu sein. In diesem Hause hatte Kossäth eine Postanweisung über 30 M. an einen seit einigen Tagen als Chambregarnist dafelbst wohnenden Herrn Sander abzuliefern gehabt. Die von Sander gemietete Stube war verschlossen und auf Klopfen wurde nicht geantwortet. Ein herbeigerufener Schlosser öffnete die Thür und in der Stube lag der Gelbbriefträger Kossäth, von geronnenem Blute umgeben, leblos auf dem Fußboden, seine Geldtasche neben ihm, ihres Inhalts beraubt. Der Inhaber der Stube war nicht zu finden. Er ist gestern mit dem Raube — es sind etwas über 1000 M. — geflüchtet. Anscheinend ist die That mit einem schweren Hammer ausgeführt worden. Der Mörder scheint selbst, wie die weiteren Nachforschungen ergeben haben, die Postanweisung über 30 M. in Potsdam an seine eigene Adresse in Berlin aufgegeben zu haben. Er wird als ein 20jähriger Mann mit kleinem Schnurrbart geschildert.

London, 10. März. Es herrscht bittere Kälte, überal liegt viel Schnee. Während des furchtbaren Sturmes am Dienstag sind in der Mündung des Flusses Clyde zwischen Port Glasgow und Bowling nicht weniger als 6 Dampfer gestrandet. — Man fürchtet, daß der Dampfer „Hamburg“, von Hamburg nach Zanzibar unterwegs, mit Mann und Maus untergegangen ist, da die Küste östlich von Dünkirchen mit Trümmern bedeckt ist und auch die Schiffsapapire aufgefunden worden sind. — Der Dampfer „Nabarra“, welcher auf der Fahrt von Kopenhagen nach Veth auf Little Fyß Bark scheiterte, hatte 81 Personen an Bord, von denen 65 mit dem Schiffe untergegangen sind.

Ueber den Untergang des Dampfers Nabarra wird gemeldet: Der Dampfer, das Eigenthum der „Hull, Leith und Newcastle Steamship Company“, war auf der Fahrt von Kopenhagen nach Veth begriffen, hatte 44 Passagiere und 21 Matrosen an Bord, welche letztere in Christiania noch eine Verstärkung durch 12 norwegische Matrosen erhielten. Gegen Montag trat ein Sturm mit Schnee und Hagel auf, dessen Nacht am folgenden Tage das Latelwert, die Boote und das Kompaßhaus wegriß und am dritten Tage das Wasser in den Schiffsraum trieb. Die Feuer gingen aus, die Maschinen stockten; das Schiff sank. Eine deutsche Fischerknecht kam in Sicht. Fünf englische und fünf norwegische Matrosen sprangen in ein Boot und hartberzig gegen die Witten der hilflosen Frauen ruberten sie an die Schmach, an ihr hinausschleppen und das Boot den Wellen überlassend. Da die Schmach ihrerseits auch kein Boot besaß, konnte sie nichts weiter thun, als um den Dampfer herumzuspielen, bis die Sturmfluth sie wegdrängte. Auf sie folgte eine zweite Schmach, gleichfalls außer Stande, Hülfe zu bringen; alsdann eine dritte, Sir S. Northcote genannt, durch die Lärm Signale benachrichtigt, herbeigekam, fand leider der Dampfer. Sie fischte fünf Personen auf, so daß mit den 10 obigen Matrosen die Zahl der Geretteten auf 15 zu stehen kommt. Die übrigen 65 werden vermißt. Einer der Ueberlebenden, der mit dem Northcote in Hull anlangte, erzählte, daß der Kapitän gleich am zweiten Tage, da ihm ein Balken auf den Kopf fiel, den Muth verloren und selbstem sich mit der Whiskeyflasche getränkt habe. Großes Unheil richtete die Schiffsladung an, die sich im Rumpfe auf die Seite verschob und dadurch das Schiff schief legte.

Christiania, 7. März. Wie aus Mesun berichtet wird, ist am 26. v. M. in Söfelsen, einige Meilen süd-östlich von genannter Stadt, ein ziemlich dichter Aschenregen, gleich demjenigen, welcher vor acht Jahren von Island bis zur skandinavischen Halbinsel geführt wurde, bemerkt worden. Da nun gestern aus Dersfong und Stone die Mittheilung eingegangen ist, daß der Aschenregen auch dort beobachtet wurde, so ist es sehr wahrscheinlich, daß zu jener Zeit, wo ein heftiger Nordweststurm raste, ein größerer vulkanischer Ausbruch auf Island stattgefunden hat.

Fruchtpreise zu Neuß am 14. März

Weizen	neuer 1. Qual.	20	—	Safer neuer	13	50
	2.	18	—	Raps 1. Qual.	—	—
Landroggen	1. Qual.	neuer 14	—	2.	—	—
	2.	12	—	Kartoffeln	8	50
Wintergerste	1.	14	—	Sen	6	—
Dachweizen	1. Qual.	—	—	Roggenstroh per Schock	—	—
	2.	—	—	a 600 Kilo	21	—

Preise unverändert.
Rübsöl per 100 Kilo in Parthien von 100 Ctr. 77 50
Rübsöl per 100 Kilo schmelz 79 —
Germinates Del per 100 Kilo 3. — M. höher als Rübsöl.
Preßkuchen per 1000 Kilo 126 —
Weizen-Vorbruch 00 per 100 Kilo 30 —
Kleien per 50 Kilo 5 —
Rübsöl niedriger. — Kuchener unverändert.

